

Blickpunkt Hessen

Walter
Mühlhausen



Carl Ulrich – vom
sozialdemokratischen
Parteiführer
zum hessischen
Staatspräsidenten

*Der Sozialdemokrat Carl Ulrich
in Welt! Hier steht
sozialdemokratisch!
Carl Ulrich*

Carl Ulrich – vom sozialdemokratischen Parteiführer zum hessischen Staatspräsidenten

Verfasser:

Dr. Walter Mühlhausen ist stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg.

*Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der HLZ dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.*

Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur.

Die Schriftenreihe „Blickpunkt Hessen“ erscheint in 3–4 Ausgaben pro Jahr als Eigenpublikation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Rheinbahnstraße 2, 65185 Wiesbaden

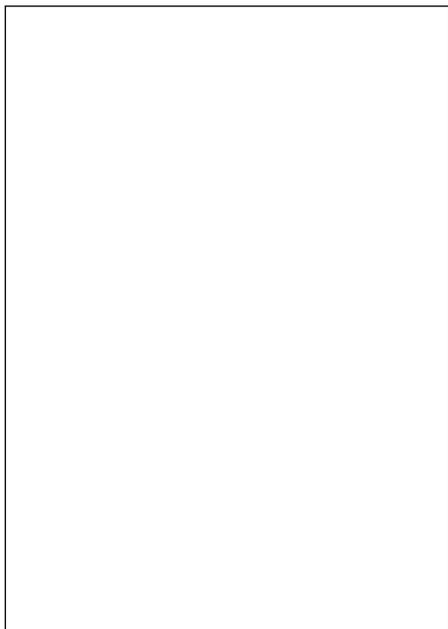
Herausgeberin: Angelika Röming
Gestaltung: G·S Grafik & Satz, Mainz-Kastel
Druck: Dinges & Frick, Wiesbaden
Erscheinungsdatum: September 2003
Auflage: 4.000
ISSN: 1612-0825
ISBN: 3-927127-50-7

Abbildungen auf der Titelseite:

Foto: Carl Ulrich in seiner Zeit als Staatspräsident

Dokument: Handschrift: „Der Sozialismus erobert die Welt! Drum wählt sozialdemokratisch! Carl Ulrich“

Der Sozialdemokrat Carl Ulrich, der zwischen 1918 und 1928 immerhin fast zehn Jahre an der Spitze des Landes Hessen (Darmstadt) stand, zählt nicht zu den Erinnerungsfiguren der hessischen, schon gar nicht der deutschen Geschichte. Ulrich ist auch nicht in der sozialdemokratischen Erinnerungskultur verankert, obwohl er wie kein anderer die Geschichte der hessischen Partei während des Kaiserreiches und in der Weimarer Republik prägte.



1. Carl Ulrich (28. Januar 1853 – 12. April 1933), 1885–1931 Mitglied des Hessischen Landtages, 1890–1903 und 1907–1930 Mitglied des Reichstages, 1918–1928 hessischer Ministerpräsident bzw. Staatspräsident.

Carl Ulrich entstammte als einer der Jüngsten der sozialdemokratischen Gründergeneration eines August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Sein Weg vom Braunschweiger Arbeitersohn zum führenden hessischen Sozialdemokraten vollzog sich vor dem Hintergrund des Aufstiegs der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung von einer Splittergruppe-

zung während der Reichsgründungszeit zur stärksten Partei am Ende des Kaiserreiches; seine Biographie vom Arbeiterführer zum hessischen Staatspräsidenten symbolisiert darüber hinaus den Wandel der SPD vom Systemfeind des kaiserlichen Obrigkeitsstaates zum Systemträger der Republik von Weimar.

1. Kindheit und Jugend

**„Als Ältestes von sechs lebenden Kindern – drei Kinder waren inzwischen verstorben – beobachtete ich, daß es im Elternhaus oft sehr knapp zuging.“
(Erinnerungen)**

Carl Ulrich durchlebte die typische Kindheit und Jugend in einem Arbeiterhaushalt: Am 28. Januar 1853 als Sohn des Schumachers Heinrich und seiner Ehefrau Auguste Ulrich in Braunschweig geboren, musste er schon während der Schulzeit durch Aushilfstätigkeiten und Fabrikarbeit zum Unterhalt der Familie beitragen. Mit 14 Jahren verließ er die Schule und erlernte wie die meisten



2. Carl Ulrich (hinten l.) mit Eltern und Geschwistern.

anderen Sozialdemokraten seiner Generation ein Handwerk. Er wurde Metallendreher. Im Juni 1872 ging der 19-Jährige auf Wanderschaft, die ihn nach Böhmen, über Nürnberg und Augsburg bis in die Schweiz und schließlich nach Mannheim und Offenbach führte. Sein Aufenthalt an den einzelnen Orten war mitunter relativ kurz; zuweilen blieb er nur einige Tage oder Wochen bei einem Arbeitgeber. Ulrich, der bereits in Braunschweig Mitglied der Metallarbeitergewerkschaft geworden war, musste wegen seiner Betätigung für die Sozialdemokratie Nachteile in Kauf nehmen: Er wurde nicht nur bei Versammlungen von den politischen Gegnern verprügelt, sondern auch wegen seines politischen Engagements aus dem Arbeitsverhältnis entlassen.

2. Der Weg in die Arbeiterbewegung

„Vorwärts! Immer vorwärts!“, hieß die Parole.“ (Erinnerungen)

Die Wanderschaft führte ihn zu einer intensiveren Berührung mit der sozialistischen Arbeiterbewegung. Ulrich wurde Mitglied der 1869 von August Bebel gegründeten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, der so genannten „Eisenacher“. Sie war neben dem von Ferdinand Lassalle ins Leben gerufenen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ eine der beiden aufstrebenden sozialdemokratischen Parteien im Kaiserreich. Um die Jahreswende 1872/73 hielt Ulrich in Augsburg seine „Jungferrede“. Diesem ersten Auftritt als Redner auf einer öffentlichen Parteiversammlung folgte eine aktive Parteiarbeit. Wer den Arbeiter für die sozialdemokratischen Ideen gewinnen

3. Der junge Sozialdemokrat im Alter von ca. 20 Jahren.

wollte, musste die Gabe der freien Rede haben. Wer nicht reden konnte, dem blieb die große Karriere in der Partei versagt. Ulrich war ein begeisterter, äußerst scharfzüngiger, bald erfahrener und beliebter Volks- und Versammlungsredner.

Dieses unermüdliche Eintreten für die sozialdemokratische Idee mehrte sein Ansehen innerhalb der eigenen Reihen, so dass er im Dezember 1873 als ein in der Parteiarbeit erprobter junger Genosse in seine Heimatstadt Braunschweig zurückkehrte; hier schickte ihn die Partei im Mai 1874 als Delegierten zum Parteitag der Eisenacher in Coburg. Nach kurzer Tätigkeit in Hamburg kam Ulrich im August 1874 wieder nach Offenbach, das zu seiner neuen Heimat werden sollte.

Hier widmete er sich neben seinem Beruf intensiv der sozialistischen Bewegung und arbeitete vor allem auf die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien hin. Sein Wunsch ging in Erfüllung: Als

sich im Mai 1875 die beiden sozialdemokratischen Parteien in Gotha zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ zusammenschlossen, war Carl Ulrich einer der jüngsten Delegierten auf dem Vereinigungskongress.

... der Sonntag galt den Versammlungen. Oft hatten wir zwar am Sonnabend nach stundenlangem Suchen ein Lokal ... gefunden ... Aber am Sonntag war uns das Lokal durch den Gemeindediener, der im Auftrag des Bürgermeisters gewirkt hatte, abgetrieben. Der Wirt, ein armes Geschöpf, der sehr gern die paar Glas Bier verkaufte, war breitgeschlagen worden und zog seine Zusage für die Versammlung zurück. Doch das tat unserer Absicht keinen Abbruch. Wenn die Armen des Dorfes hörten: Die Offenbacher „Lassalleaner“ sind in der oder jener Wirtshaft, so kamen sie ins Lokal, und wenn das gefüllt war, so redeten wir und der Wirt hörte und sah nichts. Auch der Polizeidiener hörte mit zu. Erst wenn ein großer Bauer kam und wenn die Kriegervereiner vorrückten, wurde die Stimmung lebhafter, und häufig genug gab es auch Prügeleien. Schlimm wurde es häufig, wenn die Nacht kam und kein Mensch uns bei sich übernachten lassen wollte. Dann mußten wir oft noch lang laufen, um in irgendeiner Stube auf irgendeinem Lager oder direkt auf dem Fußboden bei einem Gesinnungsgenossen auszuruhen.

(Erinnerungen)

Sozialdemokratische Werbearbeit war nur unter großen Opfern möglich, hatte sich gegen mannigfache Widerstände durchzusetzen und stand unter Beobachtung der staatlichen Behörden. Ulrich geriet in Konflikt mit der Obrigkeit: Im Dezember 1874 wurde er wegen einer Rede, die er auf dem Rückweg vom Parteitag in Coburg in Erfurt gehalten hatte, vom Erfurter Landgericht wegen „Aufreizung zum Klassenhass“ zu 30 Talern Geldstrafe oder ersatzweise 30 Tagen Haft verurteilt. Weil das Geld weder von

der Partei noch vom ihm aufgebracht werden konnte, musste er seine erste Haftstrafe im Darmstädter Gefängnis antreten.

3. Der Redakteur

„Von der Drehbank weg, gewissermaßen über Nacht, war aus dem kaum 22 Jahre alten Eisendreher ein ‚Redakteur‘ geworden.“ (Erinnerungen)

Trotz der Erfahrung der Haft setzte er nach seiner Entlassung die Agitation für die Sozialdemokratie fort. Im August 1875 wurde er, ohne sich darum bemüht zu haben, von den Offenbacher Parteigenossen zum hauptberuflichen Redakteur der von ihm mitbegründeten sozialdemokratischen „Neuen Offenbacher Tages-Zeitung“ bestimmt. Er war bis 1878 Redakteur dieser und dann weiterer Arbeiterzeitungen in Offenbach. Von 1878 bis 1886 fungierte er zudem als Geschäftsführer der Genossenschaftsdruckerei, bei der zahlreiche sozialdemokratische Blätter aus Hessen gedruckt wurden. Hatte er zunächst unter opferungsvollem Engagement unermüdlich für die Partei gearbeitet, so lebte er jetzt von der Partei.

Journalisten der Parteipresse genossen in der Arbeiterbewegung ein hohes Ansehen; diese Tätigkeit war eine entscheidende Stufe auf der Karriereleiter innerhalb der Sozialdemokratie. Aber: sozialdemokratische Redakteure wie Carl Ulrich, die in den Presseorganen immer wieder die auf Veränderung zielende Politik der Partei propagierten und die Verhältnisse im kaiserlichen Klassenstaat anprangerten, standen immer mit einem Bein im Gefängnis.

4. Verfolgung und Haft

„Mein Strafkonto als Redakteur ... schwoll gegen Ende der 70er Jahre stark an.“ (Erinnerungen)

Die Sozialdemokratie als Emanzipationsbewegung, die die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und eine Demokrati-

sierung der Gesellschaft auf ihre Fahnen schrieb und der Revolution das Wort redete, stellte eine Herausforderung an den Staat dar, der sich in einer Notwehrsituation wähnte und die Sozialdemokratie entschieden bekämpfte. Mit dem vom Reichstag 1878 verabschiedeten „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ wurden die sozialistischen Organisationen systematisch verfolgt, wurden ihre Funktionäre der Heimat verwiesen oder wegen politischer Agitation hinter Gitter gesteckt. Für die Trägergruppen des Kaiserreiches war und blieb auch nach dem Ende des Sozialistengesetzes 1890 die SPD ein Staatsfeind. Als vermeintlicher „Reichsfeind“ verfolgt, gemaßregelt, aus der Arbeit entlassen oder gerichtlich belangt worden zu sein, galt andererseits innerhalb der Sozialdemokratie als Auszeichnung. Für die Biografie eines sozialdemokratischen Arbeiterführers war es wie ein Ritterschlag, wenn man das Sozialistengesetz noch erlebt, die Zeit der schärfsten Unterdrückung und Diskriminierung überstanden hatte.

Ulrich, der den Klassenstaat, der der Arbeiterbewegung die gerechte Teilhabe an der politischen Macht verweigerte, überwinden wollte, spürte die ganze Wucht der Obrigkeit und musste mehrfach kürzere oder mehrmonatige Haftstrafen antreten. Obwohl er für seine Überzeugung der Freiheit beraubt wurde, blieb sein Kampfgeist ungebrochen: „Vor wie nach werde ich den Reihen der für ihre Rechte kämpfenden Proletarier meine Schuldigkeit tun und nie verzagen, denn ‚Es lebe der Sozialismus‘ ist meine Losung“, ließ er nach einer Haftentlassung im Oktober 1876 im sozialdemokratischen Zentralorgan „Vorwärts“ trotzig verlautbaren.

Obwohl das Sozialistengesetz von den hessischen Polizei- und Gerichtsbehörden zunächst ziemlich großzügig gehandhabt und erst später auf preußischen Druck hin schärfer in Anwendung gebracht wurde, so hatte auch Ulrich in besonderem Maß darunter zu leiden. Mitunter konnte man sich den Verfol-

4. Brief Carl Ulrichs vom 18. Juni 1879 aus dem Gefängnis in Darmstadt an Joseph Scheich, der Ulrichs Druckerei in Abwesenheit weiterführt.

gungsbehörden entziehen. So gelang es Ulrich und dem ihm freundschaftlich verbundenen Bebel, der Überwachung eines so genannten „Achtgroschenjungen“, eines Bebel auf Schritt und Tritt folgenden Polizeispitzels, zu entweichen. „Eine lustige Geschichte“, überschrieb Ulrich diese Episode in seinen Erinnerungen.

Weniger lustig war es allerdings, als er nahezu ohnmächtig miterleben musste, dass bei einer Beerdigung eines Sozialdemokraten im preußischen Frankfurt die Polizei mit blankem Säbel gegen die mehrere Hundert Köpfe umfassende Trauergemeinde einschritt und diese auseinander trieb. Dieser als „Frankfurter Friedhofsschlacht“ vom 22. Juli 1885 in die Geschichte eingegangene blutige Polizeieinsatz blieb jedoch nicht die einzige bittere Erfahrung der Rechtlosigkeit.

5. Schicksals- schläge: erneute Haft und Verlust der Ehefrau (1887)

„Das war für mich eine furchtbare Zeit, und ich vergesse nie in meinem Leben, mit welcher Liebe und Kameradschaftlichkeit sowohl Bebel als auch Auer mir das Ertragen derselben erleichterten.“ (Erinnerungen)

Im August 1886 wurde Ulrich im „Freiberger Geheimbundprozess“ gemeinsam mit anderen führenden Sozialdemokraten unter dem Vorwurf der „geheimen

5. Mit seinem Freund Wilhelm Liebknecht in Offenbach (v. l.): der Lokaldichter Lorenz Berg, Ulrich, Liebknecht mit seiner Frau Natalie, Wilhelm Stein und Ulrichs Haushälterin Lina Mörch.

Verbindung“ wegen seiner Teilnahme am sozialdemokratischen Parteitag in Kopenhagen (1883), der aufgrund des Sozialistengesetzes im Ausland stattfinden musste, zu neun Monaten Haft verurteilt. Doch nicht nur dies: 1886 stand er vor dem finanziellen Ruin. Durch polizeiliche Verfolgungen waren sozialdemokratische Presseorgane verboten worden, die in der von ihm geleiteten Genossenschaftsdruckerei in Offenbach hergestellt wurden. Um seine Familie überhaupt ernähren zu können, gründete Ulrich schließlich eine „Spezerei“-Handlung (Kolonialwarenladen).

Am 31. Dezember 1886 trat er seine Strafe im Zwickauer Gefängnis an, in dem die beiden prominenten Parteiführer August Bebel und Ignaz Auer bereits einige Monate einsaßen. Vier Wochen später, an seinem Geburtstag, erteilte ihm die Nachricht, dass seine Frau Katharina einen Schlaganfall erlitten hatte. Sie war den seelischen Erschütterungen durch den Prozess und die Haft ihres Mannes nicht gewachsen. Erst nach einer Woche vergeblichen Drängens und nachdem ein ärztliches Attest Lebensgefahr für seine Frau bestätigt hatte, erhielt Ulrich Hafturlaub. Der Zustand seiner Frau war hoffnungslos, so dass er am 20. März wieder zurück ins Gefängnis ging, nachdem er seine vier Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren bei Verwandten in Braunschweig untergebracht hatte. Es ist kaum zu ermessen, welche furchtbare Zeit er in der Haft in Sorge um seine Familie durchmachen musste. Nur schwach war die Hoffnung auf gesundheitliche Besserung seiner gelähmten Frau, die er ihrem Schicksal überlassen musste. Unmittelbar nach seiner Haftentlassung starb sie im Dezember 1887.

Als Witwer mit vier kleinen Kindern, ohne gesicherte Existenz, stand er vor einer ungewissen Zukunft. Er hatte jedoch Glück und fand in Lina Mörch eine aufopferungsvolle Hausgehilfin – „eine seltene Frau, eine unerschütterliche Parteigenossin und Kameradin, die mir unvergeßlich bleibt.“ (Erinnerungen)

6. Parlamentarier und Parteifunktionär

*„Ich bin kein Neuling und kein Jüngling, aber bei jeder Wahl gehe ich mit mehr Feuereifer ins Geschirr. ... Wir haben die Pflicht, alle Mühseligen und Beladenen zu uns herüberzuziehen.“
(SPD-Parteitag 1898)*

Ulrich, der nun die Genossenschaftsdruckerei übernahm und später Geschäftsführer und Herausgeber des „Offenbacher Abendblatts“ wurde, strebte politisch aufwärts und stieg schließlich zum unumstrittenen Parteiführer der hessischen SPD auf. Ausdruck dieser führenden Position war nicht nur seine regelmäßige Teilnahme an den sozialdemokratischen Parteitagen und an den internationalen Sozialistenkonferenzen. Ein wichtiger Meilenstein war die parlamentarische Arbeit. Am 21. März 1885 wurden Carl Ulrich und der Mainzer Franz Jöst als erste Sozialdemokraten in den Hessischen Landtag (II. Kammer) gewählt, in dem die bis zum Kriegsausbruch stetig wachsende sozialdemokratische Fraktion (acht Mandate ab 1911) von der dominierenden nationalliberalen Parlamentsmehrheit ausgegrenzt wurde. Auch als Gemeindevertreter musste er erfahren, dass Sozialdemokraten ins gesellschaftliche Abseits gestellt wurden: Als er am 9. Januar 1896 als erster SPD-Politiker in das Offenbacher Stadtparlament einzog, sorgten die bürgerlichen Mandatsträger dafür, dass für ihn als „Umstürzler“ kein Platz frei war. Ab 1904 stellte die SPD dann allerdings die stärkste Fraktion in Offenbach – nicht zuletzt ein Verdienst von Ulrich, der als Stadtverordneter (bis 1918) vor allem für soziale Besserungen für die krass be-

nachteiligten Bevölkerungsschichten und für eine Demokratisierung des kommunalen Wahlrechts kämpfte.

Die Wahl in den Hessischen Landtag 1885 war der Beginn einer der längsten Abgeordnetenkarrieren in der deutschen Parlamentsgeschichte: Bis 1931 gehörte Ulrich dem Hessischen Landtag und von 1890 bis 1930 (mit Unterbrechung 1903–1907) dem Reichstag an. Obwohl er 1907 in den Vorstand der SPD-Reichstagsfraktion gewählt wurde, blieb sein bevorzugtes Tätigkeitsfeld Hessen und der Hessische Landtag. Nach den Wahlen 1912, als die SPD mit 110 Abgeordneten die stärkste Fraktion im Reichsparlament stellte, kandidierte er nicht mehr für diesen Posten, da er aufgrund seiner „Tätigkeit im Hessischen Landtag zu oft abwesend sein müsse“. Innerhalb der Fraktion und auf den Parteitag scheinete er sich nicht, gegen die Berliner Parteizentrale zu opponieren und mitunter in scharfer Polemik seine reformistisch-pragmatische Politik zu verteidigen.

7. Der Reformpolitiker

„Aber wenn brennende Fragen vorliegen, die das ganze Denken der Leute beschäftigen, dann tritt das Zukunftsbild naturgemäß im Augenblicke des Kampfes ganz von selbst zurück. Wir schweben doch nicht in den Wolken, sondern leben auf der Erde.“ (SPD-Parteitag 1898)

In dieser Zeit verfestigte sich Ulrichs politischer Standpunkt in den ideologischen Grabenkämpfen seiner Partei. Er stand auf der Seite der Reformisten, die durch beharrliche Kleinarbeit das Los des Proletariats verbessern wollten. Wer

6. Auch als Staatspräsident lässt er es sich nicht nehmen, am 1. Mai, dem traditionellen Feiertag der Arbeiterbewegung seit 1890, die Festrede zu halten (hier 1921 in Darmstadt).

tagtäglich mit den Sorgen und Nöten der Arbeiterschaft konfrontiert wurde, der wusste, wo dem Proletariat der Schuh drückte, und der entwickelte Sinn für das politisch Machbare. Es ging ihm nicht um die utopische Heilsgesellschaft in ferner Zukunft, sondern um soziale und politische Verbesserungen für die Arbeiterschaft im Hier und Heute.

Zu diesem Politikverständnis trug wohl wesentlich bei, dass die Uhren

in Hessen, zumindest was die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie betraf, doch ein wenig anders gingen, jedenfalls im Gegensatz zu Preußen. Dort gehörte die Verfolgung und Ausgrenzung der Sozialdemokratie auch nach dem Ende des Sozialistengesetzes 1890 zur Staatsräson. Hessen jedoch war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts „das freieste deutsche Land“ (Philipp Scheidemann). Denkwürdig war der 7. März 1901, als es sich bei einem parlamentarischen Abend Großherzog Ernst Ludwig nicht nehmen ließ, sich auch mit dem Sozialdemokraten Ulrich zu unterhalten. Das war ein Aufsehen erregender Vorgang zu einer Zeit, als Sozialdemokraten noch immer weithin als pestverdächtig galten. Nicht nur der Großherzog wurde scharf angegriffen, weil er damit den Grundkonsens des Kaiserreiches untergrub; auch Ulrich wurde von der eigenen Partei als „Hofgänger“ gebrandmarkt, weil er sich mit einem Vertreter des Obrigkeitsstaates an einen Tisch gesetzt hatte. Seine Berliner Genossen behandelten ihn wie einen Renegaten und forderten gar den Parteiausschluss. Ulrich nahm das gelassen: „Ich ließ den Sturm ruhig über mich hintoben.“ (Erinnerungen)

Ulrich wollte die Bewegung stärken und sie über die Arbeiterschaft hinaus in den Mittelschichten verankern. Er setzte sich schon früh für eine Beteiligung der SPD an Wahlen ein (auch in Preußen, wo sie aufgrund des Dreiklassenwahlrechts krass benachteiligt wurde), um als starke parlamentarische Kraft Reformen durchsetzen zu können. In diesem Streben verabscheute er die theoretischen Haarspaltereien, die die jährlichen Parteitage der SPD vor dem Ersten Weltkrieg prägten und sie bis an den Rand der Spaltung brachten. Ulrich schreckte nicht davor zurück, die führenden Theoretiker der Bewegung wie Karl Kautsky, den Vertreter der reinen marxistischen Lehre, oder Eduard Bernstein, den theoretischen Kopf der Revisionisten, die den Marxismus als hemmende Zwangsjacke überwinden und den Reformismus the-

oretisch fundieren wollten, in scharfer Weise zu kritisieren.

Ange-sichts der jetzigen Situation, angesichts des Brotwuchers, sollte man sich nicht fortwährend in die Haare fahren. Wir in der Provinz haben darunter ganz besonders und mehr zu leiden, als die Theoretiker oben im Olymp (lebhaftes Zurufe: sehr richtig!), und uns, die wir draußen im Lande die Agitation zu betreiben haben, kommt es dann bisweilen vor, daß uns der eine Gegner den Kautsky vorreitet und der andere den Bernstein. Wir haben die Pflicht, das Proletariat aufzuklären, daß der Kapitalismus bekämpft werden muß. Wenn wir aber mit solchen Streitigkeiten uns abgeben müssen, dann können wir nicht arbeiten und deswegen sollten die Polemiken eingestellt werden. Man sollte einfach alle Theoretiker gemeinsam einsperren, bis sie sich gegenseitig aufgeessen haben. (Zustimmung. Ledebour: Dann würde die Partei versimpeln!) Das ist nicht wahr! Die Partei hat so viel gesunde Lebenskraft, daß sie trotz der Theoretiker nicht versimpelt ist. (Rufe: Sehr richtig!) Die wissen oft selber nicht, was sie wollen! (Sehr richtig!) Oft fragt man sich, wenn man Artikel von Bernstein oder Kautsky gelesen hat, was sie denn eigentlich gemeint haben; wenn man sie dann fragt, halten sie uns lange Vorlesungen und an deren Ende weiß man erst recht nicht, was sie denn eigentlich wollten. Im Übrigen ist die große Masse der Parteigenossen besser über den Marxismus unterrichtet, als sich die Herren denken.

(SPD-Parteitag 1902)

Ulrich war kein orthodoxer Dogmatiker; er war ein reformorientierter Realpolitiker, der starrköpfig seine Positionen vertrat.

8. Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg (1914–1918)

„... daß wir entschlossen sind, ... den Übergang aus dem Obrigkeitsstaat in den Volksstaat so schnell und so gründlich als möglich herbeizuführen.“ (Landtag 7. November 1918)

Mit diesen Worten untermauerte Ulrich in seiner Grundsatzrede am Ende des Ersten Weltkrieges die Forderung nach einer durchgreifenden politischen Reform. Ulrichs Politik der Vorkriegszeit war darauf ausgerichtet gewesen, dem Klassenstaat sukzessive Reformen abzurufen. Diese Prämisse bestimmte auch wesentlich seine Haltung während des Ersten Weltkrieges. Er verteidigte nachdrücklich die so genannte „Burgfriedenspolitik“ der Mehrheit seiner Partei, mit der die SPD im Glauben an einen Verteidigungskrieg für die Dauer des Krieges auf Opposition gegen das System verzichtete und im Reichstag für die Bewilligung der Kriegskredite stimmte. Mit der Parteimehrheit hoffte er, diese Stillhaltepolitik mit der lange versagten Anerkennung und mit einschneidenden politischen Reformen honoriert zu bekommen. Er verwarf die Politik der Minderheit, die sich aus Protest gegen die Burgfriedenspolitik von der Mehrheit absplattete und 1917 eine eigene Partei, die USPD, ins Leben rief. Für ihn war das nichts weiter als unnötige Schwächung der sozialdemokratischen Position. Er blieb bei der Mehrheit, trotz wachsender Kritik am Burgfrieden auch innerhalb der SPD seines Heimatortes Offenbach. Auf der anderen Seite drängte Ulrich im Landtag auf Reformen. So brachte die von ihm geführte SPD-Land-

tagsfraktion im April 1917 einen Antrag auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Landtags- und Kommunalwahlen ein und löste damit eine Verfassungsdebatte aus.

Wie im Reich, so gestand auch in Hessen im Wesentlichen auf Drängen der SPD unter Ulrich der Regent im Oktober 1918 eine Parlamentarisierung zu. Doch wie die Oktoberreformen, die das Kaiserreich allmählich in eine demokratische Form überführen sollten, kamen die Zugeständnisse viel zu spät, als dass sie in einer kriegsmüden, sich nach Frieden und Brot sehrenden Bevölkerung noch Widerhall fanden.

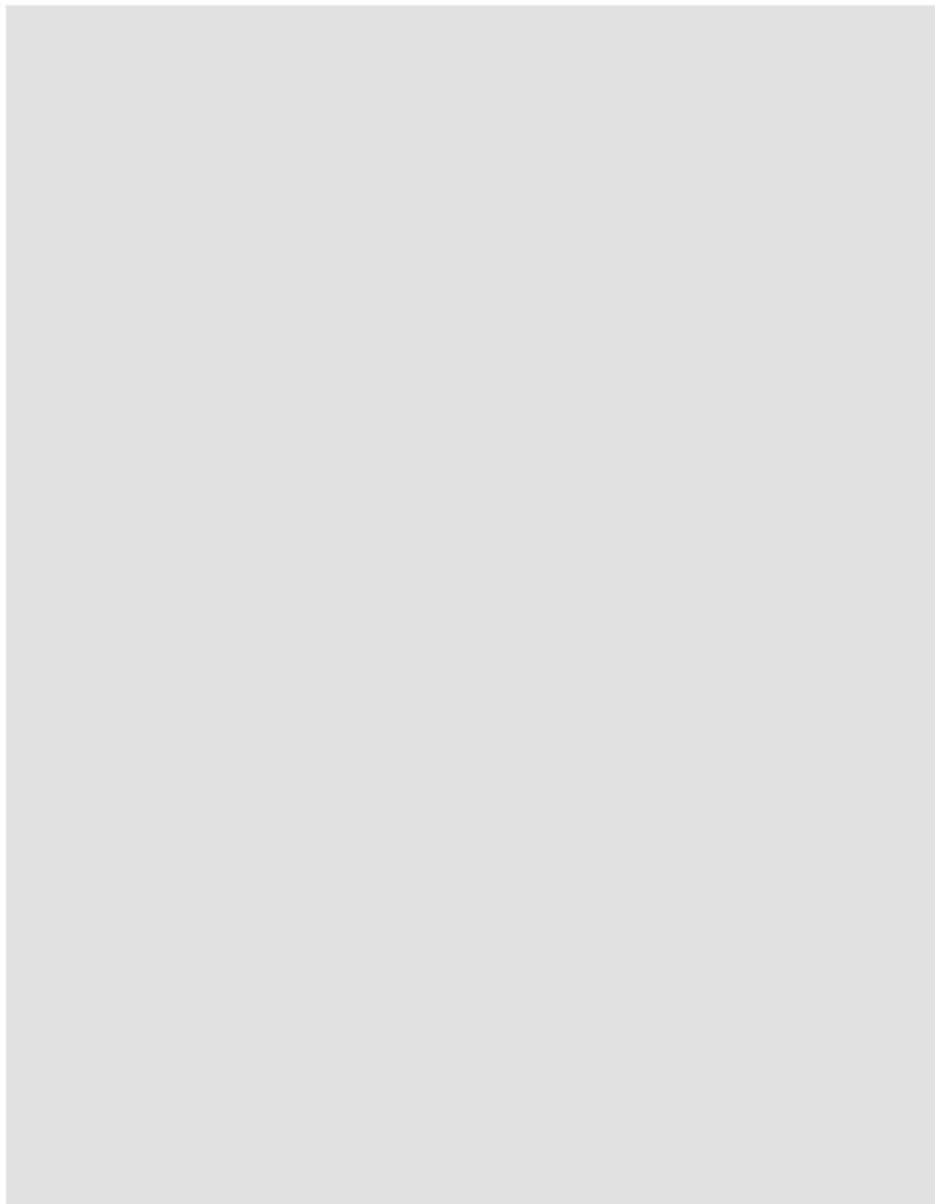
9. Wegbereiter der Demokratie 1918/19

„Jetzt gilt es, schlimmeres zu verhindern, jetzt gilt es, das Steuerruder in die Hand zu nehmen, jetzt gilt es, das Schiff des Staates in ruhigen Bahnen an den gefährlichsten Klippen, die wir haben, vorüberzuführen.“ (Landtag 14. Februar 1919)

Aus der Distanz von drei Monaten umriss Ulrich vor dem Landtag die Zielsetzung der SPD in den Novembertagen 1918, als die von den Seehäfen ausgehende revolutionäre Welle über ganz Deutschland hinwegbrauste und die fürstlichen Kronen fortspülte. In dieser zugespitzten Situation kam Ulrich am späten Vormittag des 9. November nach Darmstadt und stellte sich sofort an die Spitze der revolutionären Bewegung. Der Großherzog musste abdanken. Ohne großen Widerstand unterstellten sich Verwaltungen und militärische Kommandozentralen den neuen revolutionären Organen.

Von Beginn der Revolution an steuerte Ulrich und mit ihm die SPD konsequent in Richtung parlamentarische Demokratie. An alle politischen Kräfte richtete er daher sein Angebot zur Mitarbeit in

der neuen Republik, zum Wiederaufbau des am Boden liegenden Landes. Diese demokratische Vision war unvereinbar mit den Plänen der extremen Linken, die die Errichtung einer Diktatur des Prole-



7. Aufruf der Regierung Ulrich vom 7. Januar 1919 zur Sicherung der Wahlen.

tariats und somit eine neue Ausgrenzung unter umgekehrten Vorzeichen anstrebte. Anders als im Kaiserreich sollte die neue Republik allen politischen Parteien Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte geben. Es ging Ulrich nicht darum, eine neue Klassenherrschaft zu errichten, sondern er wollte die unsägliche Trennung in „Reichstreue und Reichsfeinde“ überwinden, und dies in der Erkenntnis, dass die neue Republik nur dann wirklich lebensfähig war, wenn Arbeiterschaft und Bürgertum kooperieren und – politisch gesehen – koalieren würden. Hinzu kam die Notsituation, in der nach Ansicht der SPD eine Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften unausweichlich war. Von daher war es politische Klugheit, genau in diesem Moment, als man die Macht in den Händen hatte, den bürgerlichen Parteien ein Angebot zur Mitarbeit zu machen, um eine möglichst breite Basis für die parlamentarisch-demokratische Neuordnung herzustellen.

So saßen in der am 12. November 1918 gebildeten hessischen Übergangsregierung neben Carl Ulrich als provisorischem Ministerpräsidenten drei weitere Sozialdemokraten, zwei Vertreter der liberalen DDP und mit Justizminister Otto von Brentano auch ein Mann der katholischen Zentrumspartei. Die Hessen nahmen so in gewisser Weise das vorweg, was im Reich im Februar 1919 nach den Wahlen zur Nationalversammlung realisiert werden sollte: die Weimarer Koalition. Der provisorischen Regierung ging es neben der Krisenbewältigung vor allem darum, alsbald den Umsturz durch allgemeine Wahlen demokratisch zu legitimieren, um – wie es Ulrich in einer Proklamation am 11. November 1918 ankündigte – „den demokratischen Ausbau unseres Verfassungslebens zu vollenden“. Wenn in einer Umbruchsphase, wie sie die deutsche und hessische Geschichte in solcher Wucht noch nicht erfahren hatte, das Chaos vermieden wurde, die Verwaltung im Großen und Ganzen funktionierte, die Hungerepidemie ausblieb und die Soldaten einigermaßen geordnet in ihre Heimat zurückkehren konnten, die

Kriegswirtschaft auf Friedensproduktion umgestellt wurde, so waren das am Ende eines vierjährigen Weltkrieges mit seinen unzähligen Opfern und tiefgreifenden Folgen schon beachtliche Leistungen.

Darüber hinaus wurden mit der Einführung des Frauenwahlrechts und der Verhältniswahl ursozialdemokratische Forderungen realisiert und Wegmarken der Demokratieentwicklung gesetzt. Nach diesen Prinzipien wurde am 26. Januar 1919 die hessische verfassunggebende Volkskammer gewählt.

10. Ministerpräsident und Staatspräsident (1919–1928)

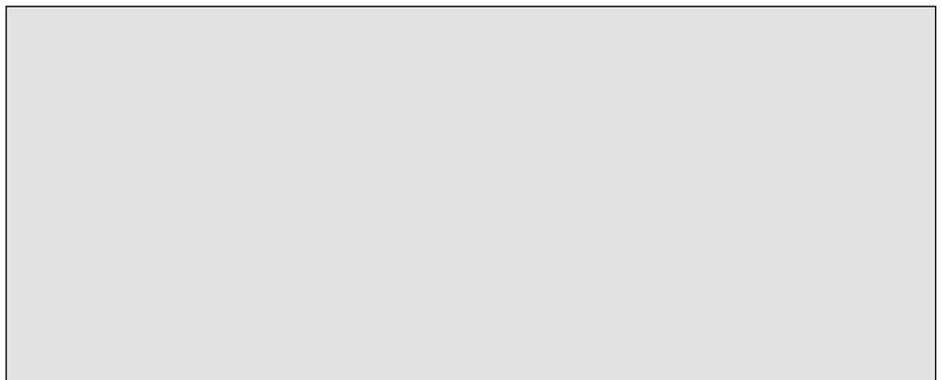
*„Pflicht der Arbeit‘ und ‚Recht des Lebens‘ sind die Sätze, die uns leiten mögen, es sind die Sätze, die uns zum Ziele führen, die die Republik sichern ..., sichern in der Richtung der Entwicklung zum sozialen Prinzip.“
(Landtag 14. Februar 1919)*

Ulrich wurde am 21. Februar 1919 zum Ministerpräsidenten gewählt und führte die praktisch unveränderte neue Regierung. Nach Verabschiedung der hessischen Verfassung am 12. Dezember 1919 wurde er am 16. März 1920 als Staatspräsident, wie der Regierungschef nach der Landesverfassung hieß, vereidigt. Seine Regierung hatte sich vor allem mit den Folgelasten des Krieges auseinanderzusetzen. Unter seiner Führung war die hessische Politik von bemerkenswerter Kontinuität gekennzeichnet, während gleichzeitig im Reich bis 1928 neun Kanzler mit 15 Regierungen amtierten. Die in Hessen seit den Revolutionstagen

von 1918 praktizierte Zusammenarbeit von SPD, DDP und Zentrumspartei hielt, wenn es auch bisweilen bei den Regierungsverhandlungen zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Die Frage eines Einbezugs der rechtsliberalen DVP war ein immer wiederkehrender Streitpunkt, wobei die Zentrumspartei mit einer solchen Erweiterung nach rechts schon 1921 liebäugelte und sie im Januar 1925 eine Regierung der Mitte aus Zentrum, DDP, DVP und Bauernbund zu installieren versuchte. Dies scheiterte, da bei der Wahl des Staatspräsidenten der Zentrums-kandidat Otto von Brentano zwar in der Kampfabstimmung über den Amtsinhaber Ulrich mit 34 zu 32 siegte, aber doch die absolute Mehrheit knapp verfehlte. Erst massiver Druck Ulrichs brachte die Zentrumspartei zurück in die alte Koalition, die sie allerdings 1927 erneut um die DVP erweitert sehen wollte, was die Sozialdemokratie jedoch abzuwehren wusste.

Ulrichs Regierungszeit litt vor allem unter der Besetzung weiter hessischer Gebiete durch die Franzosen, die neben der linksrheinischen Provinz Rheinhessen auch den Mainzer Brückenkopf, der bis in die Darmstädter Peripherie reichte, unter Kontrolle behielten. Ein Viertel des Volksstaates mit mehr als einem Drittel seiner Bevölkerung stand somit unter französischer Hoheit. Ende Juni 1919 reiste Ulrich erstmalig in das besetzte Gebiet.

Im Zuge des von rechten antirepublikanischen Kräften angezettelten Kapp-Putsches 1920 besetzten die Franzosen zudem mehrere Wochen lang Darmstadt und Offenbach. 1923, als der Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet von deutscher Seite mit passivem Widerstand beantwortet wurde, kam es zu Ausweisungen von etwa 4.000 Beamten aus dem okkupierten rheinhessischen Gebiet (zusammen mit ihren Familien etwa 25.000 Personen). Die dauerhafte Besetzung hatte nicht nur unmittelbare finanzielle und wirtschaftliche Lasten zur Folge, sondern erschwerte auch eine systematische, auf lange Sicht angelegte Wirtschafts- und Versorgungspolitik. Mehr noch: mit der französischen Besatzungsmacht im Rücken und von dieser direkt gefördert keimten separatistische Bestrebungen, denen Ulrich einen entschiedenen Abwehrkampf entgegensetzte. Hinzu kam eine stetig steigende Inflation, die besonders im Krisenjahr 1923 dramatische Ausmaße annahm und auch die Arbeitslosenzahlen, die in Hessen unter dem Reichsdurchschnitt blieben, anschwellen ließ. Die junge Republik sah sich zudem mit einer latenten Bedrohung durch radikale Kräfte von links und rechts konfrontiert. Entschieden bekundete Ulrich nach dem Hitler-Putsch im November 1923 vor dem Landtag den entschlossenen Willen, „weder von rechts noch von links irgendeine Gewalttat aufkommen zu lassen“. Trotz der



8. Plakat der SPD zu den Landtagswahlen (1921).

11

9. Die von den französischen Besatzungsbehörden herausgegebene Zeitung „Le Rhin Illustré/Der Rhein im Bild“ vom 5. Juli 1919 dokumentiert den ersten Besuch Ulrichs im besetzten rheinhessischen Gebiet und bringt ein Foto von seinem Zusammentreffen mit General Mangin, dem Kommandeur der französischen Rheinarmee, am 28. Juni 1919.

außen- und innenpolitischen Belastungen war die hessische Regierungspolitik von bemerkenswerter Konstanz gekennzeichnet und konnte vor allem auf schulpolitischem Feld einige Reformen realisieren.

Besonders in der schwierigen Situation der Ruhrbesetzung, die Ulrich schlicht als einen „konzessionierten Raub“ und eine „grandiose Eselei“ bezeichnete, und im Zeichen separatistischer Strömungen und der andauernden Besetzung hessischer

Landesteile bildete der Staatspräsident die personelle Klammer der hessischen Gebiete. Ulrich genoss wachsende Popularität in der Bevölkerung und eine allgemeine Wertschätzung über die eigene Partei hinaus, was sich in seinem Beinamen „der rote Großherzog“ ausdrückte. Sein Name stand für Kontinuität. So verzichtete er nach seiner Wiederwahl im März 1925, als er gleichzeitig sein 40-jähriges Abgeordnetenjubiläum feierte, im

10. Kundgebung in Darmstadt zum 5. Jahrestag der Reichsverfassung im August 1924; am Tisch (8. v. r.) Carl Ulrich.

Landtag ausdrücklich auf eine programmatische Regierungserklärung, weil, wie er selbst sagte, seine Politik aus den sechs Jahren als Regierungschef bekannt sei und er den bisherigen Kurs weiterzusteuern gedenke. Wenn der parteipolitische Gegner mitunter von der „Diktatur Ulrichs“ sprach, so war das nicht mehr als Ausdruck politischer Ohnmacht, gegen den „populärsten Mann Hessens“ – so die Berliner „Vossische Zeitung“ im Januar 1928 – keine Alternative aufbieten zu können. Für die SPD war Ulrich als souveräner Landesvater in den Wahlkämpfen das populäre Zugpferd, auf den man die Propaganda zuschnitt. „Er wuchs, ohne dass er seine sozialistische Grundanschauung verleugnete, über den Parteiführer zu einem Staatsmann, dessen Dienst dem ganzen hessischen Volk dienen wollte“, hielt die liberale „Frankfurter Zeitung“ zu seinem 75. Geburtstag anerkennend fest.

11. Schrittweiser Abschied von der Politik

*„Ich werde durch die Tat beweisen, daß ich meine Pflicht halten, daß ich getreu meiner Vergangenheit bis an das Ende meiner Tage tun werde, was die Verfassung vorschreibt und was im Interesse der gesamten Nation und unseres engeren Vaterlandes nötig ist.“
(Landtag 16. März 1920)*

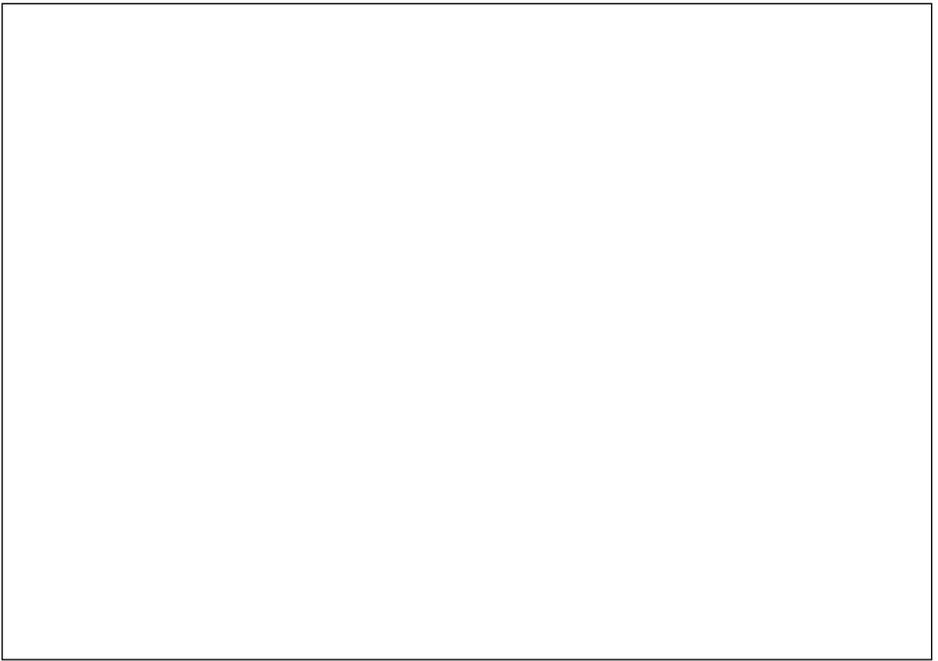
Etwas mehr als neun Jahre stand Carl Ulrich an der Spitze Hessens. Im Februar 1928, kurz nach Vollendung seines 75. Lebensjahres, übergab er die Regierungsgeschäfte an seinen Parteifreund Bernhard Adelung, den langjährigen

11. Eine der letzten Amtshandlungen: Treffen der Regierungschefs der deutschen Länder im Januar 1928; Carl Ulrich (5. v. r.) neben Reichskanzler Wilhelm Marx (6. v. r.) und dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (5. v. l.).

Landtagspräsidenten. Er selbst konnte mit einiger Zufriedenheit ins zweite Glied als Landtags- und Reichstagsabgeordneter zurücktreten, befand sich die Republik doch in der Phase der relativen Stabilität. Er hatte als Kopf der Regierung in Hessen maßgeblichen Anteil daran, dass sich die junge Demokratie in ruhigem Fahrwasser bewegte – aber: Er musste fünf Jahre nach seinem Rücktritt vom Amt des Staatspräsidenten den Untergang der Republik erleben, er musste tatenlos mit ansehen, wie Hitler Reichskanzler wurde, wie nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 die Regierung Adenauer abgesetzt wurde und sich der nationalsozialistische Schleier auch über sein Hessen legte. Zu diesem Zeitpunkt lag er wegen einer Herzmuskellähmung im Städtischen Krankenhaus von Offenbach. Er starb 80-jährig in der Nacht zum 12. April 1933 und fand seine letzte Ruhestätte auf dem alten Friedhof in Offenbach.

* * *

12. Carl Ulrich 75 Jahre (1928).



13. Treue-Urkunde der SPD-Landtagsfraktion zum 75. Geburtstag Carl Ulrichs.

Mit Carl Ulrich wurde einer der Letzten aus der Gründergeneration der Sozialdemokratie zu Grabe getragen. Er hatte sein Leben für die soziale Demokratie eingesetzt und 1918/19, als die Erosion drohte, den Weg in die Republik gebahnt. In Hessen war er der Brückenbauer vom wilhelminischen Obrigkeitsstaat zur parlamentarischen Demokratie. Die SPD widmete ihm zu seinem 75. Geburtstag ein Gedenkblatt unter dem Sinnspruch: „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben.“ Das traf das Lebensmotto Carl Ulrichs. In diesem Gedenkblatt würdigten ihn seine Parteigenossen als „erprobten Vorkämpfer und getreuesten Eckart“ der hessischen Sozialdemokratie. In der Tat: Er hatte die Partei in Hessen vor dem Ersten Weltkrieg wesentlich geprägt und sie 1918 in die Regierungsverantwortung geführt. Als Regierungschef des Landes Hessen hat er die Demokratie gesichert und verteidigt und dafür Sorge getragen,

dass sie sich festigte – unter den vielfältigen Belastungen der Zeit eine kaum hoch genug einzuschätzende Leistung. Und das ist allemal ein Grund, an den großen hessischen Sozialdemokraten und Staatsmann zu erinnern.

Literatur:

Carl Ulrich: Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten. Hrsg. von Ludwig Bergsträsser, Offenbach 1953

Karl Storck: Staatspräsident Carl Ulrich. Aus seinem Leben und Wirken, Darmstadt 1928

Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaats Hessen 1919–1933. Bearb. und hrsg. von Eckhart G. Franz und Manfred Köhler, Darmstadt 1991

Gerhard Beier: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834–1984), Frankfurt a. M. 1984

Nachlässe zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Hessischen Staatsarchiv und im Stadtarchiv Darmstadt, Bd. 1: Nachlässe Carl Ulrich (Abt. O 28), Wilhelm Leuschner (Abt. O 29) und Carlo Mierendorff (Abt. ST 45), bearb. von Eckhart G. Franz, Eva Haberkorn und Heike Rolf, Darmstadt 2003

Die Zitate Carl Ulrichs stammen aus seinen postum veröffentlichten Erinnerungen, aus den zeitgenössischen Protokollen der SPD-Parteitage sowie aus den stenographischen Protokollen des Hessischen Landtages.

Abbildungsnachweise:

Einband vorn

Foto links: Stadtarchiv Offenbach (StadtA OF)

Handschrift rechts: Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), R 4 25289

Abb. 1: HStAD, R 4 21059

Abb. 2: HStAD, R 4 2746

Abb. 3: HStAD, R 4 14295

Abb. 4: StadtA OF

Abb. 5: StadtA OF

Abb. 6: StadtA OF

Abb. 7: Stadtarchiv Darmstadt

Abb. 8: Hessische Landes- und Hochschulbibliothek, Darmstadt (HLHB), plak 4/48

Abb. 9: StadtA OF

Abb. 10: HStAD, R 4 20275

Abb. 11: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Abb. 12: HLHB, Materialsammlung Drott, Kasten 2 „Carl Ulrich“

Abb. 13: HStAD, O 28 Nr. 24

